DIE FURCHE
www.furche.at
DIE ÖSTERREICHISCHE WOCHENZEITUNG • SEIT 1945
34 | 21. August 2014 70. Jg. | 2,00

Glück besteht nur aus Momenten
Armin Mueller-Stahl über die vergangene Schauspiel- und seine aktuelle Maler-Karriere. Seite 20

JOURNAL
Ich bin Chef und Assistent
Selbstverwirklichung und Existenzängste: Die Lebenswelt von Einzelunternehmern. Seite 8

KOMPASS
„Für viele Leben bahnweisend"
Hans Tuppy im FURCHE-Gespräch über Prälat Strobl, dessen Todestag sich zum 30. Mal jährt. Seite 14

FEUILLETON
Krieg und Leben als Ringelspiel?
Wie junge Regisseure versuchen, den Ersten Weltkrieg auf die Bühne zu bringen. Seite 17

Zahlenspiele und Panikmache: Die hitzige Flüchtlings-Debatte beweist wie schlecht Österreich mit Diversität umgeht. Dabei gäbe es viel Solidaritäts-Potenzial.

Wo das Wir beginnt

Von Veronika Dolna

Wenn wir in Österreich über Flüchtlinge sprechen, dann geht es momentan vor allem um Zahlen. Wir feilschen um die 88 Prozent, also den realen Anteil der ihnen zugeteilten Flüchtlinge, den die Bundesländer tatsächlich in ihren Gemeinden unterbringen sollen. Wir streiten um die Zahl, bei der die Kapazität des Erstaufnahmezentrums Traiskirchen erschöpft ist: Für Landeshauptmann Pröll 480, für den Bürgermeister von Traiskirchen 874, für Innenministerin Mikl-Leitner 1397, für die Betreuungsfirma der Unterkunft 1840. Wir diskutieren, wie viele Feldbetten man in Turnsälen von Polizeischulen unterbringen kann und vergessen bei all der komplizierten Logistik leicht (und vielleicht auch gar nicht ungern), dass wir eigentlich von Menschen sprechen.

Bipolarer Umgang

„Helfen, natürlich. Aber bitte nicht bei uns!", fordern wir mit der selben Entrüstung, mit der unsere Bürgermeister, stellvertretend für uns, mit den Landeshauptleuten, und die wiederum mit der Innenministerin streiten, wo diese Zahlenmenschen bleiben sollen. Und seit Monaten liegt die FPÖ in allen Umfragen an erster Stelle.

Das ist die eine Seite. Doch es gibt noch eine andere.

Erst diese Woche fuhr eine Delegation aus Bad Ischl nach Wien, um sich direkt im Innenministerium *für* ein Bleiberecht für eine armenische Familie aus ihrem Ort einzusetzen, die kurz vor der Abschiebung steht. Der Mechanismus ist nicht neu: Wenn das Drama greifbar wird, formiert sich ein Schutztrupp aus Lehrern und Freunden, Pfarrern und Vereinskollegen, Mitschülern und Nachbarn. Wenn wir uns betroffen fühlen, weil Menschen aus unserem Umfeld, „Unsrige", tatsächlich betroffen sind, machen wir uns stark für sie.

Der Widerspruch findet sich auch im „Radar für gesellschaftlichen Zusammenhalt", mit dem die deutsche Bertelsmann Stiftung regelmäßig misst, was verbindet. Im Vergleich zu den anderen 34 untersuchten Ländern ist Österreich besonders stark bei „Solidarität und Hilfsbereitschaft". Beschämend weit unter Durchschnitt liegen wir allerdings beim Umgang mit Diversität.

Das erklärt unseren bipolaren Umgang mit Flüchtlingen: Sobald wir Menschen als zu-uns-gehörend empfinden, weil wir sie aus der Schule, der Pfarre, dem Sportverein kennen, engagieren wir uns für sie. Solange sie aber fremd sind, bleiben sie eine Zahl, die wir lieber nicht verwalten möchten.

Mehr Mut, mehr Mitgefühl

Aus diesem Widerspruch ergeben sich relevante Schlüsse: (1) Auch wenn das Asyl-Thema als politisch „heikel" gilt, können sich Politiker – vom Gemeinderat bis zur Innenministerin – mehr Mut leisten. Sie können es ihren Bürgern zumuten, neben Flüchtlingen zu leben, auch wenn anfangs protestiert wird. Sind die Asylwerber erst einmal da, das zeigt sich in vielen Orten, funktioniert das Miteinander meist gut.

> *„Sobald wir Menschen als zu-uns-gehörend empfinden, engagieren wir uns für sie. Solange sie aber fremd sind, bleiben sie eine Zahl, die wir lieber nicht verwalten möchten."*

(2) In welcher Form Sorgen gegen Quartiere formuliert werden, hängt vom Stil der öffentlichen Diskussion ab. Spricht der Bürgermeister vom „gefährdeten sozialen Frieden" (wie im oberösterreichischen Golling) oder ein Bezirkshauptmann von „Gefahr in Verzug" (wie in Baden), wird Angst geschürt, Abneigung gespeist, der unrühmliche Umgang mit Diversität fortgeschrieben. (3) Um diesem Prozess entgegenzuwirken, müssen wir Österreicher an unserem Wir-Begriff arbeiten. Identifizieren wir uns nur mit Menschen, die uns ähnlich sind? Oder können wir uns vorstellen, auch jemandem mit einer anderen kulturellen Prägung/ Muttersprache/ Hautfarbe/ Religion/ sexuellen Orientierung zu den „Unsrigen" zu zählen?

Das Schlachten im Nordirak, der Bürgerkrieg in der Ukraine, die Konflikte in Gaza, Syrien und Libanon. Das Wüten der Islamisten in Nigeria, des Hungers in Westafrika und Südsudan – all diese Tragödien betreffen auch uns. Die Reaktion darauf darf nicht Angst sein, sondern ein Gefühl der Verbundenheit. Das zu etablieren ist eine kollektive, auch politische Aufgabe.

veronika.dolna@furche.at

ZUGESPITZT

Dalmatinische Dialoge

Ganz Österreich rätselt, wer der *Krone* vorab die Namen der drei neuen Köpfe an der Staatsspitze zugeflüstert hat. Eine Tondatei, die der FURCHE exklusiv zugespielt wurde, bringt Licht ins Dunkel ...
Faymann: Schön ist es da in Dalmatien, Josef!
Ostermayer: Rhodos ist auch nicht übel, aber weswegen ich dich anruf', Werner: Bist schon in dich gegangen wegen der Prammer-Nachfolge?
Faymann: Ja, aber dort hab i niemand g'funden ...
Ostermayer: Ok, weißt was: Nehma die Bures! Die is a Frau, was gut is für die Quote, und keine *unguided missile*, was gut is für den U-Ausschuss. Statt der Doris dann den Stöger, was gut ist für die Linzer und die Wirtn, die qualmen eh wegen seiner Raucherphobie. Und statt dem Stöger die Oberhauser ...
Faymann: Die wer? *(Plötzlich Knacken in der Leitung)*
Katzian: Die wos guat is für den Parteitag, Werner! Ende der Durchsage und Freundschaft! (*Knack*)
Faymann: Jössas, meine Nerven! War des der Wolfgang eben? Der hat si aber gar net gut ang'hört ...
Ostermayer: Ja, des Wetter muss grauslich sein bei den Genossen daheim. Also, was mach ma jetzt?
Claus Pándi (mit verstellter Stimme): Dobar dan, chier Chotelservice. Irgendwelche Winsche?
Faymann: Das nenn ich Fügung! Bitte Baldrian auf Zimmer 13! Und eine Stunde Gesprächstherapie.

Doris Helmberger

ALSO SPRACH „–...–"

Sergej Lawrow

Russlands Außenminister schweigt nach dem Krisentreffen zum Ukraine-Konflikt mit seinen Amtskollegen Pawlo Klimkin aus der Ukraine, Laurent Fabius aus Frankreich und Frank-Walter Steinmeier aus Deutschland.

FURCHE.AT
LESEN SIE IM WEB DAS THEMA DER WOCHE UND DEN LEITARTIKEL UND DISKUTIEREN SIE ONLINE MIT!

9 120004 020048 34
P.b.b. - Aufgabepostamt: 8000 Graz, Verlagspostamt: 1010 Wien,
Adresse: 1010 Wien, Lobkowitzplatz 1, Telefon: (01) 512 52 61, GZ: 02Z034113W

Foto: Shutterstock (2)

„Eltern sorgen mit dem Aufziehen von Kindern, die ihrerseits die Pensionen auch der Kinderlosen sichern, für die Aufrechterhaltung des Pensionssystems.“

Schieflage zwischen Alt und Jung

Generationengerechtigkeit wird mit der Verschiebung der Alterspyramide immer mehr zum Problem. Wie man den Kuchen gerecht verteilen könnte, darüber diskutieren NEOS-Vizechefin Beate Meinl-Reisinger und Pensionsexperte Bernd Marin. Umweltschutz und Nachhaltigkeit spielen dabei eine wachsende Rolle. Dass Jung und Alt auch voneinander lernen können, zeigt das Engagement junger Menschen für Ältere. *Redaktion: Sylvia Einöder, Rudolf Mitlöhner*

Im Sinne von mehr Generationengerechtigkeit sollten Eltern bereits in der aktiven Familienphase entlastet werden und von ihrem Einkommen mehr Mittel frei haben.

KINDERRENTE statt Frühpension

Von Andreas Kresbach

Die wachsende Staatsverschuldung und die hohen Pensionsausgaben belasten vor allem die jüngeren Generationen. Am stärksten sind davon Familien betroffen: ihre Kinder zahlen künftig viel mehr in das Steuer- und Sozialsystem ein, als sie daraus erhalten werden. Diese Schieflage könnte durch eine Kinderrente und familiengerechte Beiträge korrigiert werden.

Die fortschreitende Alterung der Gesellschaft, die sich im Verhältnis der älteren Menschen zur erwerbsfähigen Bevölkerung (von derzeit 1:3 auf 1:2 bis 2030) ausdrückt, wird künftig steigende Ausgaben für Pensionen, Pflege und Gesundheit nach sich ziehen. Gleichzeitig geht jedoch die Zahl der Steuer- und Beitragszahler zurück, was natürlich zu einer wachsenden Verschuldung des Staatshaushalts führen muss. Dabei ist die derzeitige Staatsverschuldung von rund 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gar nicht alles: Werden die zukünftigen Ausgaben und Einnahmen mitgezählt, deren Differenz die implizite Staatsverschuldung ausmacht, ergibt sich für Österreich insgesamt eine „Nachhaltigkeitslücke“, die mehr als dreimal so hoch ist. Dieses Szenario gilt, wenn sich am Status quo bei Einnahmen und Ausgaben nichts ändert.

Tickende Zeitbombe Pensionssystem

Es ist unschwer sich vorzustellen, dass diese Schieflage im Staatshaushalt die heute jungen Generationen enorm belasten wird. Bei der aktuell rasch erforderlichen Konsolidierung der öffentlichen Finanzen sollte deshalb – und das wäre ein Novum in Österreich – besonders darauf geachtet werden, wie die Staatseinnahmen (Abgaben) und die Staatsausgaben (Leistungen) auf die einzelnen Generationen wirken. Die jetzt fällige Entscheidung, ob das Budgetdefizit durch eine weitere Erhöhung von Steuern oder ausgabenseitig reduziert wird, ist damit für die Verteilung zwischen Jungen und Älteren ganz wesentlich.

Um dieses bisher relativ ausgewogene Verhältnis auch in Zukunft zu erhalten, muss jedenfalls die drohende „Nachhaltigkeitslücke“ geschlossen werden, wie das Institut für Höhere Studien (IHS) in einer vor einiger Zeit erstellten „Generationenbilanz“ dargelegt hat. Zur Erreichung dieses Ziels sind vor allem die zu hohe Steuer- und Abgabenlast für die aktive Generation und die Arbeitskosten spürbar zu verringern sowie mit Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur die nötigen Wachstumsimpulse zu setzen. Angesichts der Pensionskosten steht und fällt die Zukunft der Staatsfinanzen jedoch mit der Finanzierung des Pensionssystems, das einer tickenden Zeitbombe gleicht.

Es scheint nämlich ein ausschließlich in Österreich geltendes Naturgesetz zu sein, dass eine längere Lebenserwartung auch zu kürzerer Lebensarbeitszeit und einem längeren Pensionsbezug führt. Dabei betragen die Pensionsausgaben mittlerweile knapp 40 Mrd. Euro, das sind mehr als 40 Prozent aller staatlichen Sozialausgaben. Das europaweit niedrigste Antrittsalter und die immer noch zu hohe Frühpensionsquote sind also durch nichts zu rechtfertigen. Vielmehr müsste zumindest annähernd so viel länger gearbeitet werden wie die Lebenserwartung steigt, nämlich drei Monate jährlich. Wenn die zusätzliche Lebenszeit nur zu zwei Drittel für längeres Arbeiten genützt würde, sollte man sich jetzt ein durchaus machbares Ziel setzen: von 58,5 Jahren durchschnittlichem Antrittsalter 2013 auf über 60 Jahre schon 2016 (statt wie vorgesehen erst 2018) zu kommen, dann hätte man nicht nur für die Steuerreform einen Spielraum erwirtschaftet, sondern mittelfristig auch die Pensionsausgaben konsolidiert.

Vorbild Schweden

Dazu müsste freilich das im Regierungsprogramm festgelegte Pensionsmonitoring bei Nichterreichung der Ziele schon ab 2015 zu sofortigen Maßnahmen für längeres Arbeiten (Zu- und Abschläge) und Beschäftigung älterer Personen führen. Schließlich muss auch der ständig steigende Budgetzuschuss zu den Pensionen, der mittlerweile bereits 19 Mrd. Euro jährlich beträgt, auf ein erträgliches Ausmaß reduziert und in erster Linie nur mehr für niedrige Pensionen vorgesehen werden. Es ist übrigens unverständlich, dass diejenigen, die etwa in der Familienpolitik so gerne Schweden zum Vorbild nehmen, dann, wenn es um die Pensionen geht, plötzlich nichts mehr wissen wollen von der erfolgreichen Pensionsreform in Skandinavien.

Das in Österreich allzu großzügige Pensionssystem muss jedenfalls in einem gesunden Verhältnis zu den Ausgaben für die aktive Generation stehen. Steuer- und sozialversicherungspflichtige Eltern zahlen mit ihren Beiträgen die Pensionen für die ältere Generation und sorgen gleichzeitig mit dem Aufziehen und der Ausbildung von Kindern, die ihrerseits die Pensionen der eigenen Eltern und der Kinderlosen sichern müssen, für die Aufrechterhaltung des umlagefinanzierten Pensionssystems. Diese Mehrfachleistungen, zumal von (berufstätigen) Müttern, die für die Betreuung ihrer Kinder die Arbeitszeit reduzieren oder ganz aufgeben, werden bei den eigenen Pensionsansprüchen nur sehr unzureichend berücksichtigt. Aus diesem Grund gehört der Faktor Kind im Pensionssystem jedenfalls stärker berücksichtigt. Im Unterschied zur derzeitigen Anrechnung von Kindererziehungszeiten, die sich erst im Alter auswirkt, sollten Eltern auch schon in der aktiven Familienphase entlastet werden und von ihrem Einkommen mehr Mittel frei haben – etwa für Bildungsausgaben für ihre Kinder oder eine private Altersvorsorge.

„Es sind die zu hohe Steuer- und Abgabenlast und die Arbeitskosten spürbar zu verringern sowie mit Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur die nötigen Wachstumsimpulse zu setzen.“

In einer aktuellen Studie der Bertelsmann-Stiftung über die Auswirkungen des deutschen Rentensystems auf die wirtschaftliche Situation von Familien wird in einer fiskalischen Bilanz der Überschuss ausgewiesen, den ein Kind in Deutschland im Durchschnitt mehr an Beiträgen in das Pensionssystem einzahlt als es an Pension erhalten wird, nämlich rund 158.000 Euro; der Überschuss aller geleisteten Steuern und Sozialbeiträge über die staatlichen Gesundheits-, Familien- und Bildungsleistungen für ein Kind wird mit mehr als 103.000 Euro beziffert. Mit diesen Zahlen kommt das bestehende Ungleichgewicht im Pensions- und im Steuertransfersystem zu Lasten von Familien und Kindern ungeschminkt zum Ausdruck. Dieses Missverhältnis habe nicht zuletzt auch zum Geburtenrückgang und zur Alterung der Gesellschaft beigetragen, lautet die Schlussfolgerung des Studienautors Martin Werding, Sozialpolitik-Professor an der Universität Bochum. Aufgrund ähnlicher Rahmenbedingungen im Pensionssystem und bei den Familienleistungen dürfte das Ergebnis dieser für Deutschland geltenden Analyse für österreichische Familien nicht viel anders aussehen.

Vorleistung der Familien für die Gesellschaft

Als Reformoptionen, die sich aus dieser Analyse ergeben, beschreibt Werding die Einführung einer Kinderrente und familiengerechter Pensionsbeiträge. Als Teil eines zukunftsfesten Pensionssystems soll dabei neben einer umlagefinanzierten Basispension mit heutigem Beitragsniveau eine weitere umlagefinanzierte und an der Kinderzahl ausgerichtete Kinderrente sowie eine aufgrund verpflichtender ergänzender kapitalgedeckter Vorsorge finanzierte Sparrente kommen, wobei mit der Geburt eines Kindes schon gebildetes Vorsorgevermögen teilweise an die Familie ausgezahlt würde.

Dazu kommen familiengerechte Pensionsbeiträge, die für Eltern im Ausmaß der steuerlichen Kinderfreibeträge vermindert und damit für eine sofort wirksame Entlastung sorgen würden. Die für die langfristige Finanzierung der Pensionen notwendige Beitragserhöhung würde für die Eltern durch die niedrigeren „Familienbeiträge“ demnach kompensiert, sodass sich ihre Einkommenslage gegenüber dem heutigen Niveau bzw. im Vergleich mit Kinderlosen insgesamt verbessern würde. Kinderrente und familiengerechte Beiträge führten insgesamt dazu, dass sich der Überschuss von pro Kind geleisteten Sozialbeiträgen und Steuern über die erhaltenen Geld- und Sachleistungen auf 60.000 Euro reduzieren würde. Das wäre immer noch eine große Vorleistung der Familien für die Gesellschaft, aber zumal in der österreichischen Situation ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu mehr Gerechtigkeit zwischen den Generationen.

Der Autor ist Bereichssprecher für Generationen der politischen Plattform „Die weis[s]e Wirtschaft“

Wie schlimm es wirklich um Österreichs Pensionssystem steht, darüber diskutieren die NEOS-Politikerin Beate Meinl-Reisinger und der Pensionsexperte Bernd Marin.

Den Generationen-Kuchen GERECHTER TEILEN

| Das Gespräch führte Sylvia Einöder
| Fotos: Katrin Bruder

Wird es künftig noch eine ausreichende Pension für alle geben? Woran kränkt das österreichische Pensionssystem wirklich? Und welche politischen Maßnahmen wären in Zukunft dringend nötig?

DIE FURCHE: *Leider hat sich niemand gefunden, der die Interessen der Pensionisten in dieser Debatte vertritt. Die FURCHE erhielt Absagen vom SPÖ-Pensionistenverbandspräsidenten Karl Blecha, seinem Wiener Pendant Rudolf Edlinger, von ÖVP-Seniorensprecherin Gertrude Aubauer, SPÖ-Seniorensprecherin Sabine Oberhauser, dem gesamten SPÖ-Klub sowie von ÖVP-Seniorenbund-Obmann Andreas Khol – in Khols Fall mit der Begründung, nicht mit Ihnen, Herr Marin, diskutieren zu wollen, weil Sie mit falschen Zahlen hantieren würden.*

Bernd Marin: Ziemlich skurril, dass jemand kneift und Journalisten ausrichten lässt, was er nicht für richtig hält. Das zeigt großen Argumentationsnotstand. Präsident Khol mutierte vom Chef-Architekten der Schüssel'schen Pensionsreformen zum „späten Zwilling", wie es Franz Fischler ausgedrückt hat, vom Genossen Blecha. Er muss seine jeweilige „Wahrheit als Tochter der Zeit" alle paar Jahre völlig umschminken.

DIE FURCHE: *Der Seniorenbund dementiert ja, dass es ein Finanzierungsloch im Pensionsbudget gibt. Diese fehlenden 3,6 Milliarden Euro bis 2018 würden nicht stimmen. Zitat Khol: „Die Prognosen zu den Pensionszahlen sind regelmäßig deutlich überzogen. Es gibt keinen Grund zur Panikmache und Hetze. Überhaupt kann von Kostenexplosion im Pensionsbereich keine Rede sein."*

Beate Meinl-Reisinger: Nein, hier klafft sehr wohl eine Lücke. Man muss sich ja nur die Berechnungen der Pensionskommission zum Pensionsantrittsalter anschauen, das nur sehr langsam steigt. Hinzu kommen die steigende Lebenserwartung und dass die Babyboomer-Generation bald auch noch in Pension geht. Deshalb sehen wir budgetär ein enormes Problem auf Österreich zukommen.

DIE FURCHE: *Stichwort Klientelpolitik: Wie schätzen Sie denn die politische Macht der Pensionistenvertreter ein?*

Marin: Das Bündnis der Seniorenvertreter macht den zuständigen Ministern die Mauer – für handfeste Gegenleistungen.

Meinl-Reisinger: Das ist auch logisch, wenn man die Wählerstruktur sowohl von SPÖ als auch ÖVP anschaut. Die Seniorinnen und Senioren sind eine große Gruppe, die es nicht zu verschrecken gilt.

DIE FURCHE: *Es wird sogar schon das Schreckgespenst einer „Gerontokratie" an die Wand gemalt: 2040 sollen 40 Prozent der Wähler über 60 Jahre alt sein.*

Meinl-Reisinger: Das hat man bei der Abstimmung über die Wehrpflicht-Reform gesehen. Da haben wir eigentlich darüber abgestimmt, ob der Zivildienst und letztlich die Pflege in der jetzigen Form erhalten bleiben sollen. Insofern kann man durchaus von einer Gerontokratie sprechen. Deshalb habe ich auch Sympathien für Überlegungen über ein Familienwahlrecht, bei allen verfassungsrechtlichen Problemen, die ich sehe.

DIE FURCHE: *In der OECD-Vergleichsstudie zur Generationengerechtigkeit wird ein Familienwahlrecht vorgeschlagen: Eltern könnten pro Kind eine halbe Wahlstimme zusätzlich erhalten.*

Meinl-Reisinger: Wir diskutieren das in der Partei. Es lohnt sich, darüber nachzudenken, wie man die Stimme der Jungen stärken kann. Es gibt auch eine Plattform, wo Kinder und Jugendliche ein Wahlrecht fordern.

Marin: Ich halte eine Art Kurienwahlrecht für Vielkind-Familien weder für wünschenswert noch machbar. Das demografische Ungleichgewicht ist aber demokratiepolitisch bedenklich. Man müsste eine starke kommunale Mitbestimmung bis zu Vetorechten für Eltern und Kinder einrichten und könnte auch eine weitere Herabsetzung des aktiven Wahlalters überlegen. Jugendliche sind zu allem Möglichen fähig, das weit über die Bewertung der politischen Lage hinausgeht.

> *„Das sehr langsam steigende Pensionsantrittsalter, die steigende Lebenserwartung und die baldige Pensionierung der Babyboomer bringen enorme budgetäre Probleme. (Meinl-Reisinger)"*

Meinl-Reisinger: Ich würde das Wahlrecht auf jeden Fall verknüpfen mit einer besseren politischen Bildung an Schulen. Aber es gibt auch andere Formen der Partizipation: Wenn man einen Stadtentwicklungsplan schreibt, warum lädt man nicht Kinder und Jugendliche ein, ihre Bedürfnisse einzubringen?

DIE FURCHE: *De facto fehlt Geld für Kindergärten, Bildung, Unis, Forschung und Entwicklung. Bleibt die Zukunft auf Kosten der Pensionen auf der Strecke?*

Marin: Die Nachmittagsbetreuung der Sechs- bis 14-Jährigen ist ein Fiasko in Österreich, auch, weil wir sehr viel Geld für Frühpensionen verbrennen. Da nehmen wir 15 Milliarden Defizit jährlich in Kauf, während wir ein paar hundert Millionen für Kinderbetreuung nicht aufbringen. Ich würde Elternrechte stark ausbauen: mindestens das Recht auf Ganzjahres- und Nachmittagsbetreuung sowie Einspruchsrechte gegen Betriebssperren kommunaler Betreuungseinrichtungen aller Art.

Meinl-Reisinger: Eine in Oberösterreich lebende Freundin klagt, dass die Kinder erst mit zweieinhalb im Kindergarten genommen werden! Es heißt immer, es gebe den Bedarf nicht – klar, weil sich die Leute anders organisieren müssen. Als der Gratis-Kindergarten in Wien kam, war die Nachfrage plötzlich enorm. Bei der frühkindlichen Betreuung geht es nicht um schlichte Aufbewahrung, sondern um qualitative Bildung. Da schneidet Österreich im internationalen Vergleich schlecht ab.

DIE FURCHE: *Der Seniorenbund bezeichnet das Vergleichen von Bildungsausgaben und Pensionsausgaben als ein „völlig unzulässiges Auseinanderdividieren der Generationen".*

Marin: Selbstverständlich kann und muss man aufwiegen. Denn Pensionsausgaben sind Konsumschulden und insoweit gefährlich. Wenn ich jährlich 15 Milliarden zu den Pensionen zuschießen muss, fehlt dieses Geld in Zukunftsbereichen wie Bildung, Gesundheit, Kinderbetreuung, aber auch für Pflege. Allein die Luxusrenten kosten jährlich soviel wie die Nachmittagsbetreuung für 100.000 Kinder.

DIE FURCHE: *Den NEOS wird ja öfters vorgeworfen, die Generationen gegeneinander auszuspielen.*

Meinl-Reisinger: Das wollen wir nicht. Es gibt viele empathische Großeltern, die sehen, dass sich das nicht ausgeht für die Kin-

YOUNG CARITAS

„Die Freude ist da, das ist schon sehr viel"

| Von Martina Powell

Und? Bleiben Sie heute länger hier?" Im Garten der Schönbrunner Straße 295 werden Stühle zusammengerückt, neugierig Fragen gestellt, Schokolade wird gereicht. Obwohl hier im Pflege- und Altenheim nahe Schloss Schönbrunn der Altersdurchschnitt bei 90 Jahren liegt, hat man jungen Besuchern gegenüber keine Berührungsängste. Vielleicht weil man Gäste wie die 21-jährige Magdalena Haumer hier öfter sieht. Die Kindergartenpädagogin sitzt in einer Runde älterer Damen und Herren, die den warmen Sommernachmittag draußen verbringen. Josef Taschner ist einer von ihnen. Der 83-Jährige kann kaum noch gehen, das Sprechen fällt ihm schwer. Doch wenn ihn die junge blonde Frau freundlich anlächelt, strahlt er. „Auch wenn ihm die Worte nicht immer einfallen – gemeinsam kommen wir drauf, was er meint", sagt Haumer.

> *„Mir war klar, dass es Ältere gibt, die nicht mehr so viel können. Umso schöner war es zu sehen, dass alle versuchen – egal wie es ihnen geht – mitzumachen. (M. Haumer)"*

Die 21-Jährige ist eine von rund 70 Freiwilligen im Alter zwischen 16 und 35 Jahren, die in Pflege- und Altenheimen der Caritas Zeit mit den Bewohnern verbringen. Vermittelt wurde sie von der „youngCaritas", einer Einrichtung der Hilfsorganisation für junge Menschen, die sich sozial engagieren wollen. Seit Anfang Juni sehen einander Haumer und Taschner einmal die Woche für ein paar Stunden. Dann liest sie ihm aus der Zeitung vor, erzählt von ihrem Arbeitstag oder spaziert mit ihm durch den Garten. Und das, obwohl die beiden nicht miteinander verwandt sind, ganze 62 Jahre zwischen ihnen liegen und Haumer keinen Cent bekommt.

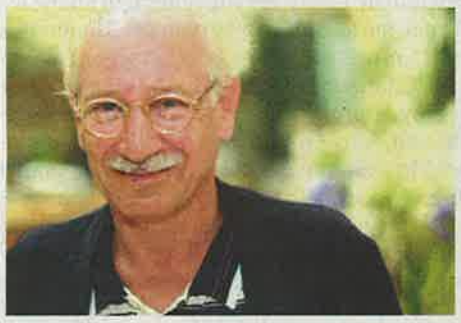
„Warum junge Menschen sich bei uns melden, hat unterschiedliche Gründe", sagt Ursula Weitzel. Die Psychologin begleitet die Freiwilligen im Haus Schönbrunn: „Neuerdings melden sich vermehrt Jugendliche mit Migrationshintergrund, die auch ihre Sprachkenntnisse verbessern wollen." Andere wiederum seien in der beruflichen Orientierungsphase und wollen Erfahrung im Sozialbereich sammeln. „Und dann gibt es jene, die – so banal es klingen mag – etwas Gutes tun wollen." Das dachte sich auch Haumer: „Ich wollte meine Zeit sinnvoll einsetzen, etwas für die Allgemeinheit tun." Beruflich habe sie viel mit Kindern zu tun, die Zeit im Haus Schönbrunn sei für sie eine Art Gegenprogramm: „Meine Großeltern sind fit, aber das kann sich ändern. Deshalb finde ich es als Bereicherung, hier das Thema Alter von einer anderen Seite kennenzulernen."

DIE DISKUTANTEN

Beate Meinl-Reisinger

Die Juristin ist Vize-Vorsitzende der NEOS und Wien-Chefin. Seit 2013 sitzt sie im Nationalrat und betätigt sich u. a. in den Ausschüssen für Familie, Justiz, Konsumentenschutz und Kultur. Zuvor war sie im Kabinett von ÖVP-Staatssekretärin Marek tätig.

Foto: Bildnachweis



Bernd Marin

Der Sozialwissenschaftler ist seit 1988 Executive Director des European Centre for Social Welfare Policy and Research in Wien. Marin war Gastprofessor an diversen ausländischen Universitäten und ist Berater internationaler Organisationen und NGOs.

> *„Es wird immer etwas geben, das Pension heißt. Ob diese genug Kaufkraft schafft und man auch davon leben kann, ist die Frage. (Marin)“*

der. Es geht uns nicht darum, den Alten etwas wegzunehmen – außer bei den Luxuspensionen. Wir fordern nur jetzt Reformschritte, damit wir in zehn, 15 Jahren nicht im absoluten Desaster enden. Diese nötigen Reformen werden kommen, aber zu spät.

DIE FURCHE: *Sozialminister Rudolf Hundstorfer hat in einem „Presse“-Interview erstmals zugegeben, dass künftige Generationen nicht annähernd dieselben Pensionsleistungen erwarten können wie heute.*

Marin: Was bisher absolut tabu war, wird plötzlich vom Sozialminister in einem Nebensatz-Sager zugestanden: Künftig werden wir froh sein müssen, das erreichte Niveau halbwegs zu halten. Die Jungen können da nichts tun außer politisch aktiv zu werden. Bei den Luxuspensionen, wo Leute für jeden eingezahlten Euro bis zu vier Euro herausbekommen, wird ein Unrechtsregime betrieben. Da beträgt der Zuschussbedarf auf Steuerzahler-Kosten Hypo-Milliarden, damit die Herren Pensionsmultimillionäre viele Jahre früher auf den Golfplatz können.

Meinl-Reisinger: Dieses System bezeichnen wir übrigens als strukturelle Korruption. Es ist ja kein Zufall, dass das in diesen staatsnahen Betrieben geschieht, wo man die Leute hoch dotiert versorgen kann.

DIE FURCHE: *Laut Umfrage von meinungsraum.at haben 75 Prozent der jungen Arbeitnehmer bis 30 Jahre kein Vertrauen in eine ausreichende staatliche Pension. Mehr als die Hälfte sorgt bereits privat vor. Ist diese Angst berechtigt?*

Marin: Die Angst ist übertrieben, Vorsorge dennoch meist ratsam. Es wird immer etwas geben, das Pension heißt. Ob diese eine vergleichbare Kaufkraft schafft und man davon leben kann, ist die Frage. Aber 69 Prozent der Frauen haben heute eine Pension von unter 1000 Euro brutto.

DIE FURCHE: *Bei den Frauen liegt das gesetzliche Pensionsalter bei 60 Jahren, fünf Jahre unter jenem der Männer. Halten Sie das noch für eine zeitgemäße Regelung?*

Meinl-Reisinger: Nein. Es ist nicht fair, aber auch frauenpolitisch dumm. Wir kappen so den Frauen die letzten fünf Jahre, wo sie ein höheres Einkommen erzielen könnten, weil die Kinderbetreuung in diesem Alter wegfällt. In der Praxis ist eine Frau mit 50 schon alt am Arbeitsmarkt. Der Arbeitgeber denkt sich, die Arbeitnehmerin geht bald in Pension, in sie investiere ich nicht mehr.

Marin: Da hat sich ein faschistoider Jugendwahn breit gemacht. Unser Arbeitsmarkt kollabiert ab 50, während man sich anderswo mit Anfang 60 problemlos bewerben kann. Bei den Männern geht das Einkommen in der letzten Berufsphase stark hinauf, die Frauen fallen um die Karrierechancen des letzten Erwerbsdrittels um und verlieren bis zu einem Viertel der Pension. Es ist eine zutiefst reaktionäre Idee, die Ungleichheit in anderen Bereichen über ein herabgesetztes Pensionsalter ausgleichen zu wollen. Es gibt keinen anderen westlichen Wohlfahrtsstaat, der das tut.

DIE FURCHE: *Was können Sie sich in punkto Generationengerechtigkeit noch für politische Schritte vorstellen? Intergenerationell wirksame Steuern wie Umweltabgaben?*

Meinl-Reisinger: Die Nachhaltigkeit im Steuersystem abzubilden halte ich für essentiell. Generell sollte man bei Staatsausgaben darauf schauen, ob es sich um Zukunftsinvestitionen handelt oder um systembewahrende Maßnahmen? Wir würden letztere kürzen und die Zukunftsinvestitionen in die Höhe schrauben.

DIE FURCHE: *Der Seniorenbund fordert genau das Gegenteil: eine Steuerentlastung für Pensionisten.*

Marin: Senioren haben unzählige Vorteile, von der Krankenversicherung bis zu den Verkehrstarifen. Es sollte jedoch keinen Pensionistenpreisindex und andere Sonderrechte geben, sondern Unterstützung für alle sozial Schwachen oder Kranken, aber nicht alle Älteren.

Meinl-Reisinger: Ein Beispiel: Bevor mein Vater in Pension gegangen ist, hat er als Sechzigjähriger einen reduzierten Ticketpreis für die Wiener Linien bezahlt. Ich hingegen war in Karenz und habe voll gezahlt. Das hat er selbst als unfair betrachtet.

> *„Was bisher absolut tabu war, wird plötzlich vom Sozialminister in einem Nebensatz zugestanden: Künftig werden wir froh sein müssen, das erreichte Niveau nur halbwegs halten zu können. (Marin)“*

DIE FURCHE: *Zum Klischee, ältere Menschen würden leben wie Gott in Frankreich: Die Durchschnittspension in der gesetzlichen Pensionsversicherung lag 2012 bei 1023 Euro. 30 Prozent unterstützen ihre Nachkommen regelmäßig finanziell.*

Marin: Die Zahlen der Pensionistenvertreter geben nicht das Haushalts- und Nettoeinkommen wieder. Die Älteren haben eine doppelt so hohe Sparrate wie die Durchschnittsbevölkerung. Ein durchschnittliches Pensionistenehepaar verfügt über mehr als 34.000 Euro netto jährlich. Aber es gibt auch eine beängstigende Altersdiskriminierung. Die Art, wie teils über „die Alten“ hergezogen wird, hat rassistischen Charakter: „alte Weiber, alte Säcke“. Niemand wagt, „keine Araber“ oder „keine Juden“ in eine Stellenausschreibung zu schreiben, aber zu sagen „über 50 (oder 35) brauchen Sie sich nicht zu bewerben“ ist gang und gäbe.

Meinl-Reisinger: Was schon stimmt, ist, dass viele die Jungen freiwillig unterstützen. Aber das zeigt nur, dass in einem funktionierenden privaten Gefüge ausgeglichen wird, was im staatlichen System nicht funktioniert. Wir haben letztes Jahr, um das zu verdeutlichen, die Aktion „Generationenkuchen“ gemacht: Wir hatten eine große Torte und eine entsprechend kleinere für die jungen Menschen, um die Schieflage zu verdeutlichen. Was ist passiert? Die Alten haben gesagt, ich kann gar nicht soviel essen – und ein Stück an die Jungen weitergegeben.

Marin: Das klappt nur in funktionierenden Familien, wo auch genug Geld da ist. Die junge Generation heute wird ihre Kinder und Enkel nicht mehr so gut unterstützen können. Aus dem aktuellen Pensionsmonitoring geht hervor, dass die Pensionen zu einem beachtlichen Teil nicht gedeckt sind. Das heißt, dass meine Generation den Folgegenerationen im Schnitt 100.000 Euro schuldet. Ein Beamter schuldet den Folgegenerationen 400.000 Euro.

Meinl-Reisinger: Von einer Entlastung des Faktors Arbeit würden die Jungen profitieren. Vollzeit zu arbeiten und das Gefühl zu haben, dass davon nichts übrig bleibt, ist ein großes Problem.

DIE FURCHE: *Das heimische Pensionsantrittsalter beträgt 58,7 Jahre. Herr Marin, Sie sprechen von einer „Frühpensionskultur als Volkssport der Österreicher“. Warum ist hier die Kluft zwischen faktischem und gesetzlichem Antrittsalter so hoch?*

Meinl-Reisinger: Weil es unendlich viele Möglichkeiten gibt, vor dem gesetzlichen Pensionsantrittsalter in Pension zu gehen. Es ist ja nicht so, dass die Leute bei uns fauler sind. Das System verlockt dazu. Man hat es auch den Unternehmen leicht gemacht, die Leute mittels Golden Handshake zu verabschieden.

Marin: Ein Beispiel: Österreichweit gehen nur noch fünf Prozent der Bauern regulär in die Alterspension, 24 Prozent vorzeitig, und 71 Prozent sind anerkannte Invaliditätspensionisten. Die Landwirtschaftskammer berät die Landwirte gut.

DIE FURCHE: *Bisher hat es sich ja oft gar nicht ausgezahlt, weiterzuarbeiten.*

Marin: In Zukunft wird der Einkommenszuwachs für jene, die weiterarbeiten, weit höher sein, bei acht bis neun statt bisher einem Prozent jährlich liegen. Gleichzeitig geht die Eingangspension mittlerer Einkommen um rund 25 Prozent hinunter. Man hat etwa 400 Euro weniger mit 62 Jahren und deutlich mehr als bisher, wenn man im Korridor bis 68 arbeitet. Das neue Pensionskonto geht in die richtige Richtung.

DIE FURCHE: *Ist das ausreichend? Die durchschnittliche Rentenbezugsdauer hat sich seit 1971 ja fast verdreifacht und steigt weiter an.*

Marin: Auch wenn wir jetzt verspätete Reformschritte setzen, die Situation ist wie bei Hase und Igel: Man rennt einem Ziel hinterher, aber ist immer zu langsam und fällt immer weiter zurück. Zu Beginn der Schüssel'schen Reformen lagen wir ein bis zwei Jahre hinter dem OECD-Schnitt zurück, jetzt liegen wir vier bis fünf Jahre zurück.

DIE FURCHE: *Das Pensionsmonitoring kommt im Herbst. Was erwarten Sie sich davon?*

Meinl-Reisinger: Damit kann man Transparenz in die Debatte bringen. Sonst ist man abhängig von Schönfärberei oder Alarmismus. In dieses Eck wurden wir oft gestellt. Aber es war wichtig, dieses Thema in einem Nationalrats-Wahlkampf anzugehen.

Freiwillig

In Pflegeheimen der Caritas werden junge Freiwillige an Senioren vermittelt. Davon profitieren beide Seiten auf unterschiedliche Weise.

Doch was nimmt die ältere Generation von den Begegnungen mit der Jugend mit? Frieda Taschner zögert, bevor sie stellvertretend für ihren Mann antwortet: „Die Zeit mit Magdalena ist für Josef sehr aufbauend. Die Jugend ist sein Ein und Alles.“ Auch wenn ihr Mann hin und wieder die Namen seiner Gäste vergesse: „Die Freude ist da. Das ist in seinem Zustand schon viel.“

Emotionales Erlebnis

Die Erfahrungen, die Jung und Alt miteinander machen, seien individuell sehr unterschiedlich, erklärt Weitzel. „Für eine bettlägerige Person kann die Begegnung ein ganz anderes emotionales Erlebnis darstellen als für jemanden, der sich über einen Spaziergang am Naschmarkt freut.“ Im Prinzip könne jeder mitmachen – egal welchen Alters, unabhängig von Vorerfahrungen mit der jeweiligen Generation oder des körperlichen Zustands der Älteren. „Wenn die persönliche Neigung da ist und es von beiden Seiten passt, lässt sich Kontakt eigentlich immer herstellen.“ Damit die Begegnungen fruchten, führt Weitzel zu Beginn mit den Interessenten ein Vorgespräch, dann folgen eine einmonatige Probephase und ein Reflexionstermin. Danach wird entschieden, ob das Engagement fortgeführt wird. Und nicht alle bleiben: „Wenn die persönlichen Erwartungen und Wünsche für das freiwillige Engagement nicht mit den Gegebenheiten übereinstimmen, dann rate ich dazu, sich auch andere Bereiche anzusehen. Schließlich sollen die Begegnungen Spaß machen.“ Doch meistens werde sie davon überrascht, wie gut sich die Beziehungen entwickeln: „Kürzlich kam bei einem Vorgespräch heraus, dass ein junger Herr bereits die Generation 50 als alt bezeichnet. Da war ich gespannt, wie er sich bei uns tun wird – und dann hin und weg, wie locker und offen er auf die Leute zuging.“

Foto: Shutterstock

Auch Haumers Bild hat sich mittlerweile geändert: „Mir war klar, dass es Ältere gibt, die nicht mehr so viel können. Umso schöner war es zu sehen, dass alle versuchen – egal wie es ihnen geht – mitzumachen.“ Für die beiden steht fest, dass sie einander nach der Probephase weiter treffen wollen. Ihrem Mann wünscht Frieda Taschner, dass noch mehr Menschen wie Haumer vorbeikommen: „Je öfter Jung und Alt zusammenkommen, desto besser.“